Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 35 (1956)
Heft: 5-6

Artikel: Besteht die Gefahr einer Wirtschaftskrise?
Autor: Weber, Max
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-336900

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 16.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

35. JAHRGANG
HEFT 5/6
MAI/JUNI

ROTE REVUE

MAX WEBER

Besteht die Gefahr einer Wirtschaftskrise?

Vor einigen Wochen veröffentlichte die «Rote Revue» einen Aufsatz von Dr. Felix *Somary* unter dem Titel «Gehören Krisen der Vergangenheit an?». Er nahm darin entschieden Stellung gegen die von manchen Wirtschaftspolitikern und auch -theoretikern vertretene Auffassung, es werde mit den heute bekannten Mitteln der Konjunkturpolitik gelingen, Krisen, jedenfalls solche von großem Ausmaß wie etwa in den dreißiger Jahren, zu vermeiden. Dr. Somary vertritt im Gegenteil den Standpunkt, die Welt befinde sich in einer ähnlichen Lage wie 1928/29 vor der schwersten Wirtschaftskrise, die die Welt erschüttert hat. Dr. Somary, der als Bankfachmann eine große Erfahrung hat und die Verhältnisse in Amerika wie in Europa gut kennt, begründet seine Auffassung mit folgenden Hinweisen:

Ein namhafter Teil der gegenwärtigen Beschäftigung beruht auf staatlichen Rüstungsaufträgen. Die Verschuldung des Staates wie auch der Privatwirtschaft hat enorm zugenommen und steigt sogar trotz der günstigen Wirtschaftslage noch an.

Die Schuldner sind an der Verschlechterung des Geldwertes interessiert. Inflationseinspritzungen sind daher beliebt.

Eines Tages müsse die Inflation aber doch gestoppt werden, und dann sei die Krise da.

Ein englischer Nationalökonom, Prof. *Clark*, hat schon vor zwei Jahren, als die Wirtschaft der USA von einer Depression heimgesucht wurde, eine schwere Weltwirtschaftskrise vorausgesagt, die dann aber nicht eingetreten ist, da die amerikanische Wirtschaft sich im letzten Jahre erstaunlich rasch erholte. Clark hält jedoch an seiner Auffassung fest, daß eine allgemeine Krise in Aussicht stehe, und er wird heute sekundiert von Prof. *Douglas*, einem amerikanischen Senator, der eine Krise für unvermeidlich hält. Ähnlich, wenn auch etwas vorsichtiger, hat sich Prof. *Salin*, Basel, vernehmen lassen nach seiner Rückkehr von einer Amerikareise. Daß der russische Nationalökonom, Prof. Varga, wieder eine Krise der kapitalistischen Welt voraussagt, überrascht nicht, doch hat Varga mit seinen Prophezeiungen nach dem Kriege daneben getroffen.

Was ist von diesen Voraussagen zu halten?

Dr. Somary hat meines Erachtens vollständig recht, wenn er erklärt, die Krisengefahr sei trotz den prophylaktischen Maßnahmen nicht unbedingt gebannt. Es können auch in Zukunft Veränderungen von Angebot oder Nachfrage oder eigentliche wirtschaftliche Strukturverschiebungen eintreten, die durch konjunkturpolitische Eingriffe nur schwer zu meistern sind.

Zu Bedenken Anlaß gibt die hohe Quote der *Rüstungsaufträge,* die heute für einzelne Firmen und Industriezweige die wichtigste Stütze sind. Doch solange die Rüstung andauert und die gleichen Branchen begünstigt, entsteht daraus kein Kriseneinbruch. Und es ist — leider, muß man sagen — auf längere Sicht keine große Aussicht, daß in dieser Hinsicht eine Änderung eintreten werde.

Auch die starke *Verschuldung* kann eines Tages zu Störungen Anlaß geben. Das würde am ehesten der Fall sein, wenn die Abzahlungsgeschäfte plötzlich notleidend oder erheblich eingeschränkt würden, sei es infolge einer Schrumpfung der Einkommen aus andern Gründen oder wegen einer Drosselung der Kredite. Daraus entstünden schwere Rückwirkungen auf die Erzeugung von Automobilen, Haushaltmaschinen, Fernsehapparaten und dergleichen, die in manchen Ländern überwiegend auf Kredit gekauft werden. Deshalb muß vorsichtig vorgegangen werden bei Krediteinschränkungen, damit nicht über die beabsichtigte Bremsung hinaus ein Rückschlag provoziert wird.

Der wichtigste Faktor ist indessen, wie das auch Dr. Somary anführt, die *Inflation,* das heißt die Ankurbelung der wirtschaftlichen Tätigkeit durch Vermehrung des Geldumlaufs. Diese Erscheinung kann entstehen durch Ausgabenüberschüsse des Staates, durch allzu large Kreditpolitik oder durch übermäßige Geldfülle aus andern Gründen. Jede Inflation kommt früher oder später zum Stillstand, und dann ist die Gefahr einer gegenläufigen Entwicklung, einer Wirtschaftsschrumpfung groß. Die Geldentwertung führt auch zu groben Ungerechtigkeiten im Verhältnis von Gläubigern und Schuldnern und kann auch die Währung, das heißt die Bewertung des nationalen Geldes im Ausland, nicht unberührt lassen. Es gibt zwar vereinzelte amerikanische Theoretiker, die glauben, die Konjunktur könne mit der Inflationsspritze dauernd auf hohen Touren gehalten werden, die dadurch entstehende Geldentwertung spiele keine Rolle, wenn sie sich in bescheidenem Rahmen halte. Es mag sein, daß ein Wirtschaftsraum vom Ausmaß der Vereinigten Staaten diese Methode lange Zeit praktizieren kann; doch daß sich keine sozialen Konsequenzen daraus ergeben würden, möchte ich bezweifeln.

So weit ist also Dr. Somarys Argumentation recht zu geben. Aber die weitere Frage ist die, ob die Völker diesen Gefahren hilflos ausgeliefert sind und eine Krise über sich ergehen lassen müßten, wie das 1921 und 1930 und in den folgenden Jahren der Fall war. Da ist in Betracht zu ziehen, daß die

Konjunkturforschung und auch die praktische *Konjunkturpolitik* seither Fortschritte gemacht haben. Daß die Weltwirtschaft seit Kriegsende keinen schweren Rückschlag erlitten hat, ist keine Folge der rein ökonomischen Entwicklung und auch kein bloßer Zufall. Sondern es gab 1948/49 und 1954 in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten leichtere Krisen, die aber überwunden wurden, bevor es zu einer weltweiten Depression kam. Dazu haben die in Amerika und auch in andern Ländern getroffenen wirtschafts- und finanzpolitischen Eingriffe beigetragen, wenn es auch nicht möglich ist, die Wirksamkeit der einzelnen Maßnahmen genau nachzuweisen.

Es wäre aber falsch, daraus den Schluß zu ziehen, daß es keine Krisen mehr geben werde oder daß jedenfalls so schwere und lang andauernde Depressionen, wie sie zwischen den beiden Weltkriegen vorkamen, nicht mehr möglich sein werden. Das hängt vom Ausmaß der in der Wirtschaft sich bildenden Störungsherde und von den zu ihrer Behebung ergriffenen Maßnahmen ab. Beides kann niemand voraussehen. Zwar kann man die Strukturveränderungen in der Wirtschaft beobachten und ihre Auswirkungen mehr oder weniger abschätzen, allein die Reaktion der Personen, die am Steuer der Konjunkturpolitik sitzen, und ihre Manipulationen sind sehr ungewiß. Deshalb ist eine Konjunkturvorhersage heute trotz der Verbesserung der dazu verfügbaren Instrumente schwieriger als früher.

Man wird aber sagen können: Wenn sich wirtschaftliche Störungen bemerkbar machen, werden die verantwortlichen Behörden in den meisten Ländern nicht mit verschränkten Armen zusehen (das wäre schon aus politischen Gründen nicht mehr möglich); sie werden sogar, wie das heute geschieht, vorher schon den wirtschaftlichen Aufstieg zu lenken versuchen, um die Gefahr des Rückschlages zu vermindern. Daß sie stets die richtigen Maßnahmen treffen werden, ist nicht von vorneherein anzunehmen, zumal die Konjunkturforschung noch jung und ihre Mittel noch wenig erprobt sind. Aber man darf wohl auch damit rechnen, daß nicht gerade die ungeeignetsten Maßnahmen ergriffen werden, welche die Krise noch verschärfen, wie das zum Teil (leider auch in der Schweiz) noch während der letzten großen Krise der Fall war. Daher ist wohl der Schluß erlaubt, daß Krisen auch in Zukunft nicht oder noch nicht verhindert werden können, daß sie jedoch dank der modernen Konjunkturpolitik *wahrscheinlich* weniger einschneidend werden und rascher überwunden werden können.

Die gegenwärtige Lage

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Weltwirtschaft heute nicht im Gleichgewicht ist, auch wenn man nur die westliche Hemisphäre im Auge hat. Der größte Störungsfaktor ist das *Überangebot an Agrarprodukten,* das jedoch seit Jahren durch die Regierung der USA mit großem Finanzaufwand (8 Milliarden Dollar) aufgefangen wird. Solange diese Stützungsaktion

weitergeführt wird, wirkt sich dieses Ungleichgewicht im Landwirtschaftssektor nicht aus, und eine offene Krise kann vermieden werden. Allerdings ist die Ertragslage der Landwirtschaft gedrückt, was nicht harmoniert mit der industriellen Hochkonjunktur.

Eine andere Disproportion macht sich seit einem halben Jahr auf dem *Automarkt* der Vereinigten Staaten bemerkbar, wovon auch schon andere Länder, besonders England, in Mitleidenschaft gezogen wurden. Hier zeigt sich wieder die gefährliche Dynamik der kapitalistischen Wirtschaft. Die großen amerikanischen Automobilfirmen haben nach dem Rückschlag von 1954 ihren Absatz im letzten Jahr derart forciert, daß sie auch noch einen Teil der Verkaufsmöglichkeiten von 1956 vorwegnahmen. Die Folgen sind: Stockung des Absatzes in diesem Jahr, Entlassung von 180 000 bis 200 000 Arbeitern, Rückgang der Produktion von Stahl, Gummi usw. Das allein braucht nicht eine allgemeine Krise auszulösen. Der Automarkt kann im Herbst oder im nächsten Jahr wieder ins Gleichgewicht kommen.

Es ist aber durchaus möglich, daß ein solches Ereignis wie die Teilkrise in der Automobilindustrie weitere Kreise zieht. Es gibt nämlich noch andere schwache Punkte in der amerikanischen Wirtschaft: Die Lager haben sich fast allgemein erhöht, was zu weiteren Stockungen führen kann. Die Kreditkäufe haben ein gefährliches Ausmaß angenommen. Die Bautätigkeit war eine Zeitlang übersetzt und zeigt jetzt Ermüdungserscheinungen.

Am bedeutsamsten wird jedoch sein, wie sich die *Investitionstätigkeit* weiterentwickelt. Seit einiger Zeit ist eine neue Rationalisierungswelle im Gange. Automation ist Trumpf. Das ist zwar nur eine neue Bezeichnung für eine bekannte Sache, die immer fortschreitende Ersetzung der menschlichen Arbeit durch die Maschine. In vielen Industrien werden neue Anlagen gebaut oder geplant, und die Summen, die für Investitionen aufgewendet werden, sollen in diesem Jahr alles frühere übersteigen. Der Einsatz der Atomkraft wird neue Einrichtungen von größtem Ausmaß erfordern, so daß die Investitionskonjunktur noch andauern kann, wenn ... ja wenn der Absatz der ständig anwachsenden Produktion gesichert bleibt. Wenn auf dem Markt der Konsumgüter, und zwar der sogenannten dauerhaften Konsumgüter, eine längere Absatzstockung eintritt, die den Kapitalaufwand für die kostspieligen neuen Anlagen unrentabel erscheinen ließe, und sich infolgedessen die Stockung auf die Investitionen ausdehnen sollte, dann würde die Lage äußerst kritisch, und eine schwere Krise wäre wahrscheinlich die Folge. Es ist jedoch nicht anzunehmen, daß eine Regierung, und zuallerletzt die amerikanische im Jahr der Präsidentenwahlen, es so weit kommen lassen würde. Es wären also staatliche Interventionen zu gewärtigen, die, wie das vor zwei Jahren der Fall war, dem Wirtschaftsrad wieder mehr Schwungkraft geben würden, im Notfalle, wenn nichts anderes helfen sollte, wohl auch mit einer Inflationsspritze. Damit würden freilich die Probleme nicht gelöst, sondern nur verschoben.